



Nicola Hieke (M.A.)

leitet die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus in München und ist seit 12 Jahren beruflich mit dem Aufbau und der strategischen Weiterentwicklung von Beratungsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Bayern beschäftigt.

/// Gegen Rechtsextremismus: Beratung, Information und Vernetzung

Die Arbeit des Beratungsnetzwerkes Bayern

Eine wirksame Arbeit gegen Rechtsextremismus basiert auf dem Zusammenspiel staatlicher und nicht staatlicher Maßnahmen. Die Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure und Initiativen ist daher ein entscheidender Baustein. Die Angebote im Beratungsnetzwerk Bayern gegen Rechtsextremismus sind seit Jahren erfolgreich in diesem Bereich tätig. Die Finanzierung ist langfristig jedoch noch immer nicht gesichert.

Zur Entwicklung der Beratungsstrukturen

Mit einer Teilzeitstelle in München nahm die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) Ende 2007 ihre Tätigkeit als Projekt beim Bayerischen Jugendring (BJR) auf. Die Finanzierung erfolgte zu einem Großteil durch Bundesmittel, die Zielsetzung war ebenfalls in diesem Rahmen vorgegeben: die themenfeldbezogene Vernetzung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Aufbau von möglichst flächendeckenden Beratungsangeboten. Aufgaben, die eine große Herausforderung darstellten. Insbesondere für den ländlichen Raum in einem Flächenland wie Bayern und mit Blick auf die zunächst prekäre personelle Ausstattung. Die LKS arbeitete daher zu Beginn vor allem mit freiberuflichen Experten aus ganz Bayern zusammen, die maßgeblich am Aufbau der ersten Beratungsstrukturen beteiligt waren.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen im Beratungsfeld Rechtsextremismus arbeiten flächendeckend zusammen.

Die LKS ist zu einer der größten landesweiten Fachstelle zum Thema Rechtsextremismus in Bayern herangewachsen.

In den vergangenen 12 Jahren ist die LKS zu einer eigenen Einrichtung des BJR und einer der größten landesweit tätigen Fachstellen zum Thema Rechtsextremismus in Bayern herangewachsen. Sie wirkt dabei weit über den Bereich der Jugendarbeit hinaus und dient als Anlaufstelle für verschiedenste Zielgruppen und Akteure. Der Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung der Zivilgesellschaft. Die Förderung stammt aus Bundesprogrammen – derzeit „Demokratie leben!“ – und einer Ko-Finanzierung aus Landesmitteln im Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familien, Arbeit und Soziales.

Hauptaufgaben der LKS mit Sitz in München sind die Information und die Vernetzung im Themenfeld. Die Beratung erfolgt an anderer Stelle durch eigenständige Beratungsangebote und Fachstellen. Sie bilden das Beratungsnetzwerk (BNW) Bayern gegen Rechtsextremismus, das von der LKS koordiniert wird.

BNW Bayern: Aufsuchende Beratung – niedrigschwellige Zugänge

Die Beratungsangebote im BNW richten sich an unterschiedliche Zielgruppen und unterscheiden sich auch in Inhalten und Ansätzen der Beratung. Sie weisen jedoch alle zentrale Gemeinsamkeiten auf: Sie sind mobil. Dies bedeutet, dass bei Bedarf aufsuchend vor Ort beraten wird. In einem Flächenland wie Bayern ist dies der entscheidende Ansatz, um besonders die Ratsuchenden in ländlichen Regionen erreichen zu können. Je nach Ausgangslage kann Beratung aber ebenso telefonisch oder per Mail, gegebenenfalls auch anonym erfolgen. Die Beratung ist kostenlos, die Zugänge sind so möglichst niedrigschwellig gehalten. Im Mittelpunkt steht der Bedarf der Ratsuchenden, Handlungs- und Lösungsstrategien werden gemeinsam erarbeitet. Alle Fachstellen im BNW Bayern sind bundesweit vernetzt und stehen im Austausch mit Kollegen aus anderen Bundesländern. Die Arbeit erfolgt nach Grundlagen und Qualitätsstandards, die gemeinsam entwickelt wurden. Auch die Fort- und Weiterbildung findet auf Bundesebene statt.

Ebenso wie die LKS sind die Beratungsangebote des BNW zu einem Großteil aus Bundesmitteln finanziert. Das Netzwerk besteht derzeit aus 3 Fachstellen und berät Eltern, Angehörige und Fachkräfte („Elternberatung“) aus dem sozialen Umfeld extrem rechts orientierter Jugendlicher. Ziel ist es, Bezugspersonen in ihrer Handlungssicherheit zu stärken. In den letzten Jahren häufen sich Anfragen, bei denen nicht nur Jugendliche, sondern auch Personen im Erwachsenenalter im Mittelpunkt stehen. Beispielsweise ein Elternteil oder

Lebenspartner, die antisemitische Verschwörungstheorien verbreiten oder sich vor Ort einer rassistischen Initiative gegen die Unterbringung Geflüchteter anschließen.

Für Betroffene von rechtsextremer, antisemitisch oder rassistisch motivierter Gewalt und Bedrohung besteht die Möglichkeit, sich an die Fachstelle B.U.D. Bayern zu wenden. B.U.D. steht für Beratung, Unterstützung und Dokumentation. Die Berater orientieren sich an den Bedürfnissen der Betroffenen und ergreifen für deren Interessen Partei. B.U.D. ist dabei bayernweit mit Experten und anderen Fachstellen vernetzt, engagiert anlassbezogen Dolmetscher und hilft bei der Vermittlung psychotherapeutischer Angebote. Träger ist der unabhängige Verein B.U.D. Bayern e.V.

Die Fachstelle ist darüber hinaus Mitglied im bundesweit tätigen VBGR, dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

Die Mobile Beratung (MB) gegen Rechtsextremismus in Bayern

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus wird von LKS und Beratungsnetzwerk als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet, bei der vor allem auch der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zukommt. Grundlegend hierfür ist das Verständnis, dass rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft verbreitet und nicht nur an den vermeintlichen Rändern zu finden sind. Eine wirkungsvolle Arbeit gegen Rechtsextremismus beginnt so bereits in der Auseinandersetzung mit diesen Einstellungen. In Schulen, Vereinen und Verbänden, in Kirchen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen findet diese tagtäglich statt.

Das Konzept der Mobilen Beratung entstand vor knapp 30 Jahren vor dem Kontext, diese professionell zu unterstützen. Ausgehend von den ostdeutschen Bundesländern wurde es seither beständig weiterentwickelt und wird inzwischen in allen 16 Bundesländern umgesetzt. Die unterschiedlichen Gegebenheiten werden dabei berücksichtigt. Ziel der Beratung ist es stets, möglichst passende Handlungsstrategien zu entwickeln. Dafür ist ein Wissen um regionale Besonderheiten, um Akteure und wichtige Kooperationspartner vor Ort ebenso wichtig wie die Kenntnis lokaler rechtsextremer Strukturen. Die MB in Bayern arbeitet daher von 3 dezentralen Bürostandorten aus. Die Arbeit der Berater besteht zu einem wesentlichen Anteil aus Recherchen – sowohl zu rechtsextremen Akteuren als auch zu zivilgesellschaftlichen Kooperationspartnern vor Ort.

Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus spielt gerade die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle.

Die Beratung umfasst Informationen zur Einschätzung der Lage ebenso wie langfristige Strategieentwicklungs- und Vernetzungsleistungen. Die Nachfrage ist hoch. Im Zentrum der 99 Beratungsfälle im Jahr 2019 standen neben der Agitation neonazistischer Akteure vor allem jene Anfragen, die sich auf die Entwicklung von Handlungsstrategien im Umgang mit rassistischen und rechtspopulistischen Akteuren beziehen.

Zentrales Element der Beratung ist stets auch die Vernetzung. So arbeitet die MB seit Jahren eng mit zivilgesellschaftlichen Bürgerinitiativen und Bündnissen zusammen. Sie unterstützt diese sowohl in ihrer Gründung als auch langfristig mit der Organisation jährlich stattfindender Vernetzungstreffen in der Region zum Austausch von Informationen und Good-Practice-Strategien.

Themenfeldbezogene Aufklärung, Information und Sensibilisierung sind ein weiterer Tätigkeitsbereich. Im Jahr 2019 führte die MB bayernweit 141 Bildungsveranstaltungen durch. Besonders häufig angefragt sind dabei sogenannte „Argumentationstrainings“ – Workshops zum Umgang mit Parolen und Rhetorik – und Informationen zu Rechtsextremismus in der Region.



Beratungsnetwork
**Bayern gegen
Rechtsextremismus**

Das Beratungsnetwork Bayern gegen Rechtsextremismus ist ein Zusammenschluss einzelner, themenfeldspezifischer Fachstellen. Ihre Bildungs- und Beratungsangebote richten sich an verschiedene Zielgruppen wie beispielsweise zivilgesellschaftliche Akteure, Kommunen, Eltern und Fachkräfte sowie von rechter Gewalt Betroffene. Alle Leistungen sind kostenfrei.

Nähere Informationen unter

www.lks-bayern.de

Auch die Mitarbeiter der MB Bayern sind länderübergreifend vernetzt und arbeiten im Bundesverband Mobile Beratung BMB e.V. mit Kollegen aus ganz Deutschland zusammen. In Bayern ist die Mobile Beratung ein Teil des Beratungsnetzwerkes, Träger ist der Bayerische Jugendring.

Handlungserfordernisse im Arbeitsfeld

Von zentraler Bedeutung ist die Anerkennung zivilgesellschaftlicher Strukturen als unverzichtbarer Partner in der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus von Seiten der Politik und der Sicherheitsbehörden. Neben der Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist hier vor allem der Aufbau verlässlicher Förderstrukturen für zivilgesellschaftliche Arbeit notwendig. Diese sind bisher nicht gegeben. Maßnahmen werden nur punktuell mit Bundesmitteln gefördert – in jeder Förderphase müssen so neue, innovative Schwerpunkte gesetzt werden. Vielfach wird wichtigen Projekten die Förderung wieder entzogen. Die Maßnahmen laufen aus, Expertise geht verloren.

Selbst etablierte Fachstellen wie LKS und Beratungsnetzwerk sind in Bayern nach wie vor von der Bundesmittelförderung abhängig. Auch als Maßnahmen im Handlungskonzept der Bayerischen Staatsregierung bleiben die Angebote befristet. Unsicherheit und Fluktuation sind entsprechend hoch. Der Verwaltungsaufwand schafft zeitfressende Nebenschauplätze. Es ist daher auf Landes-, genau wie auf Bundesebene wichtig, Möglichkeiten für eine dauerhafte Förderung zu schaffen und die Arbeitsbereiche als eigenständige Berufsfelder anzuerkennen.

Derzeit werden vielerorts Strategien gegen Hate Speech diskutiert. Neue Maßnahmen werden vor allem dort eingeleitet, wo Personen aus Kommunalpolitik und Verwaltung bedroht sind. Dies ist wichtig und richtig. Wünschenswert ist jedoch auch, die Lage all derer sichtbar zu machen, die alltäglich von Hass, Hetze und Hate Crime betroffen sind. Häufig sind das Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten. Das tatsächliche Ausmaß an Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffen ist nicht bekannt. Nach dem Vorbild der Stadt München braucht daher Bayern ebenfalls ein zivilgesellschaftliches, landesweites Monitoring solcher Vorfälle und den Ausbau bestehender Strukturen der Betroffenen- und Antidiskriminierungsberatung im Bundesland.

Es müssen verlässliche Förderstrukturen aufgebaut werden.

///